

BESPRECHUNGEN

Politische Theorie und Ideengeschichte

Bates, David William. *States of War. Enlightenment Origins of the Political*. New York. (Columbia University Press); Columbia Studies in Political Thought/ Political History (General Editor Dick Howard) 2012. 256 Seiten. 27,50 \$.

Die Studie von *David Bates* ist in dreifacher Hinsicht wegweisend: Erstens handelt es sich um eine ideengeschichtliche Neuinterpretation politiktheoretischer Klassiker der Aufklärung. Zweitens verfolgt sie die Genese von Konzepten des Politischen und nutzt dabei Carl Schmitt gegen Carl Schmitt, indem gezeigt wird, dass das Politische gerade in der Aufklärung im Zusammenhang mit dem autonomen Staat gedacht wurde. Drittens ist das ganze Projekt von der Wiederkehr des Themas des Ausnahmezustandes nach den Anschlägen des 11. Septembers 2001 inspiriert.

Das konzise Buch ist klar und übersichtlich verfasst. Der Band beginnt mit einem systematischen Einstieg (Einleitung und Kapitel 1), darauf folgen ideengeschichtliche Interpretationen (Grotius, Hobbes und Pufendorf - Kapitel 2), Locke (Kapitel 3), Montesquieu (Kapitel 4) und als Höhepunkt des Bandes eine innovative Rousseau-Interpretation (Kapitel 5) sowie eine gehaltvolle Zusammenfassung. Methodisch ruht die Arbeit auf dichten Interpretationen der Texte, Kontextualisierungen und Metaphernanalyse (30). Das Ziel ist es „to defamiliarize the Enlightenment“ (XV), denn erst dann

könne die Aufklärung als Quelle unserer Ideen von Staat und Verfassung im globalen Kontext verstanden werden. Dafür bindet *Bates* den Verfassungsstaat und die individuellen Rechte an ihre Entstehungskontexte zurück.

Das Politische wird mit den Konzepten von Schmitt und Claude Lefort vom Ausnahmefall her bestimmt. Es thematisiert die Schaffung von politischen Gebilden (Gemeinschaften bzw. Gesellschaften) und deren Behauptung gegenüber anderen Gebilden. Im modernen Sinne sind das die Verfassungsgebung, die Inkraftsetzung von individuellen Rechten und die Behauptung beider gegenüber prinzipiellen Infragestellungen. Die Aufklärer denken nach *Bates* das Politische in diesen Dimensionen, um den verbreiteten Kriegen zu entkommen, aber auch, um die neuen Disziplinargewalten der militärisch-administrativen Komplexe einzuhegen. Die unter verschiedenen Titeln erfolgende Thematisierung des Politischen hat demnach eine existentielle Grundlage, die gegenüber der üblichen Betonung des rationalen Diskurses durchgängig akzentuiert wird. Die Aufklärer sind, wie überzeugend herausgearbeitet wird, tief von der Historizität der Ordnung und den Selbstgefährdungen der Moderne beunruhigt und denken das Politische zunehmend in reiner Form, und sie unterscheiden sich gerade dadurch von Konzepten der Staatsraison und monarchischer Souveränität.

In diesem Rahmen werden zunächst Gedanken zu Grotius entwickelt, dann wird Hobbes dargestellt, wobei die nur virtuelle Repräsentation des politischen Körpers die zentrale Rolle spielt. Schließlich wird Pufendorfs Gedanke sozialer Voraussetzungen der Stabilität von Rechtszuständen diskutiert. Sehr anregend ist das Kapitel über Locke. Es

erkundet zunächst, ob er das Politische im Rahmen der Prerogative begreift. Er zeigt sodann, dass das Politische von Locke vielmehr mit Blick auf die Frage der (Re-)Konstitution der politischen Gesellschaft gedacht wird. Dabei tritt hervor, dass in dessen „natural history“ des Politischen drei Stufen unterschieden werden können (114ff.). Es gibt ein ursprüngliches Politisches in den natürlichen Gemeinschaften, die sich vermittelt ihrer Könige und Häuptlinge gegen andere behaupten. Davon werden die Konstituierung der politischen Gesellschaft und dann der „Normalfall“ von Politik unter den Bedingungen von Gewaltenteilung und Gesetzen abgehoben. Kapitel vier zeigt einen kaum bekannten Montesquieu, der ausschließlich auf Recht gegründete Ordnungen für unwahrscheinlich hält. Das Politische wird bei ihm als eine besondere Handlungsform identifiziert, mittels derer ein Sozialsystem als ganzes erhalten und gegen Auflösung geschützt werden kann (136, 223).

Rousseau gilt vielfach als Gegenpart des analytischen Hobbes und hat mit der Aufwertung des emotiven Subjektes und der Gemeinschaft dafür auch viele Anlässe gegeben. *Bates* zeigt demgegenüber, dass sich Jean-Jacques auch für Mathematik, Physiologie und Chemie interessiert hat, und gerade hier wird der Schlüssel zum Verständnis des *Contrat Social* gefunden. Nimmt man die physiologischen Metaphern und ihre Konnotationen ernst (193ff.), dann hat Rousseaus mittels der Körpermetapher formuliertes Vertragskonzept drei Schritte: An die transformative Etablierung des politischen Körpers als bloßem Körper schließt sich die über Gesetzgebung erfolgende Schaffung des Nervensystems an, damit der Körper sich als solcher erfahren und füh-

len (*sensus communis*) kann. Via Regierungsbildung wird schließlich die Handlungsfähigkeit eines souveränen Kollektivakteurs erlangt. Erst wenn man diese Schritte zusammendenkt, kann man die „*volonté des tous*“ und die „*volonté général*“ begreifen und auch die bekannte Konsequenz: Souveränität kann man weder besitzen noch teilen, nicht einmal repräsentieren; sie besteht nur performativ als Tätigkeit des ganzen Körpers und der Individuen. So gelesen, avanciert der Genfer zum ersten „anti-foundationalist“ Denker des Politischen (227f.), der eine autonome Sphäre des Politischen denkt, die als solche durch die Gesetzgebung charakterisiert ist und auf einer formalen Auffassung des Menschen aufruht.

Durch die starke Betonung des Existentiellen für die Konzeptionen des Politischen weicht *Bates* zwei Punkten aus. Erstens kann – wie der Autor nahelegt – Schmitts Kriterium des Politischen, die Freund-Feind-Unterscheidung, systematisch überhaupt nur von seinen substantiellen Konnotationen entschlackt als auf den Ausnahmefall der Politik bezogene Politisierungskonzeption von Gegensätzen genutzt werden. Aber solche Politisierungskonzeptionen sind systematisch an Öffentlichkeitsmodelle gebunden, die *Bates* zu Gunsten der Thematisierung des Existentiellen vernachlässigt, was bekanntlich auch bei Schmitt der Fall ist. Zweitens müsste der in der vorliegenden Studie im Hintergrund bleibende Deziisionismus mit seiner Differenzierung von Entscheidungen verschiedener Ordnung erörtert werden. Ungeachtet dieser bloß benannten Problematiken bringt der fulminante Band von *Bates* die aktuelle Debatte um das Politische theoretisch voran und sorgt durch Ak-

tualisierung und systematisches Interesse für frischen Wind in der Aufklärungsforschung.

Harald Bluhm

Volker Gerhardt, Reinhard Mehring, Henning Ottmann, Martyn P. Thompson, Barbara Zehnpfennig (Hrsg.). *Politisches Denken. Jahrbuch 2010*. Berlin. Duncker & Humblot 2010. 313 Seiten. 48,00 €.

Die Politische Theorie ist in die Defensive geraten. Sie gerät gegenüber anderen Teilbereichen der Politikwissenschaft ins Hintertreffen. Ihr wird im Rahmen des Gesamtfaches nicht mehr der Platz eingeräumt, der ihr eigentlich von ihren Traditionen und ihrem Selbstverständnis her gebührt. An den Fachinstituten ist ihre Ausdünnung mit Händen zu greifen: eine, im Vergleich zum Ausland, „untypische Entwicklung“. Darin ist eingeschlossen natürlich sowohl die Politische Philosophie als Instanz des Wertens und Urteilens, als auch die Politische Ideengeschichte als Hauptproliferationsquelle der politikwissenschaftlichen (und politischen) Argumentationsführung im Hier und Jetzt. So in etwa hört sich der Tenor der sogenannten „Berliner Erklärung“ an, die von der Deutschen Gesellschaft zur Erforschung des politischen Denkens zu den Perspektiven der Politischen Theorie in Deutschland im Oktober 2009 verabschiedet worden ist und die im hier zu besprechenden Jahrbuch, dem Hausorgan der Gesellschaft, abgedruckt ist (127f.). Das ist auch die Tonalität, die die Beiträge von *Gesine Schwan* (11-19), *Julian Nida-Rümelin* (21-29 und 59-63), *Volker Gerhardt* (31-42) und *Clemens Kauffmann* (43-58) durchzieht, wenn sie ihren betrüb-

ten Blick auf diese nach ihrem Empfinden anstößige Konstellation werfen. Lediglich der Beitrag *Henning Ottmanns* über die Art und Weise, wie in Deutschland gegenwärtig Geschichte der politischen Ideen geschrieben wird, ist in dieser Hinsicht zurückhaltender, indem er vielmehr auf innovative Möglichkeiten der Statusverbesserung der politischen Ideengeschichtsschreibung verweist.

Wer sich bedrängt fühlt, sucht seine Stärken, mehr noch seine unabwiesbare Nützlichkeit hervorzuheben. Das lässt schon die „Erklärung“ erkennen, die in der Politischen Theorie weiterhin eine der zentralen Objektbereiche der Politikwissenschaft sieht; denn die Grundinteressen des Faches könnten nicht allumfassend in der Omnipotenz einer empirischen Sozialwissenschaft bestehen, die den Verlust der selbstreflexiven Dimension der Politikwissenschaft impliziert. So werden die Vorteile und der Nutzen der Politischen Theorie einschließlich ihrer philosophischen und historischen Verzweigungen im Jahrbuch in den Ausarbeitungen der Autoren zur Sprache gebracht.

Es handelt sich dabei um das Werturteil, um die faktische Kraft des Normativen und um die Prinzipien der Demokratie. *Gesine Schwan* zetert gegen das nivellierende technokratische Verständnis von Politik, dem zum Beispiel die Frage nach dem „guten Leben“ abhandeln gekommen sei, und das ohne orientierendes Bewusstsein auszukommen gedenke (11, 13). *Julian Nida-Rümelin* sieht in der Politischen Theorie – als „Nabelschnur“ zwischen Politikwissenschaft und Philosophie (25) – eine „spezifische Orientierungs-, Integrations- und Residualwissenschaft“ (ebd.), die eine historische, kulturelle, normative und analytische Dimension